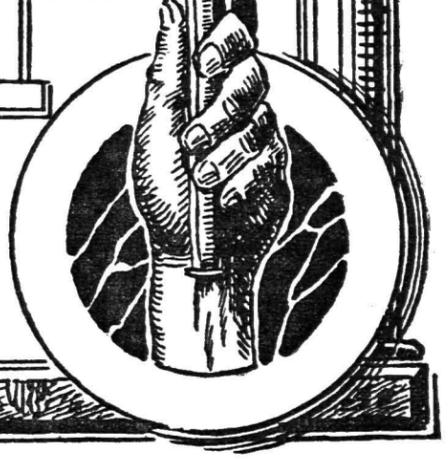
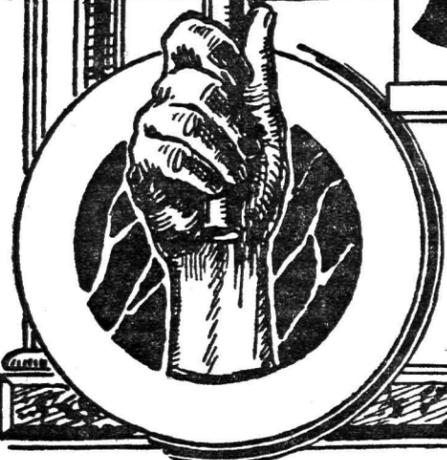


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld viertel-

jährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten

20 Pfg. die gespaltene Petitzeile ober deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 11. April 1903.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

### Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

**Mannheim.** Die Kollegen bei der Firma Hedert befinden sich im Streik.

**Bremen II.** In der Marmorwerkstätte von Werth sind Lohndifferenzen entstanden.

**Erfurt.** Der bestehende Tarif ist am 31. März abgelaufen. Unterhandlungen schweben noch. Dies den reisenden Kollegen zur Kenntnis.

**Meißen a. d. Elbe.** Der Streik bei Köhler dauert unverändert fort.

**Mülhausen i. Elsaß.** Der Streik bei der Firma Ph. Holzmann dauert unverändert fort.

**Leipzig.** Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer planen eine Reduzierung von den Rustica-Arbeiten von 15 Proz. vorzunehmen, während der Gesamttarif eine Reduzierung von 5 Prozent erfahren soll.

### Internationales.

**Budapest.** Der Streik dauert unverändert fort. Zwei Kleinmeister haben bewilligt. Die Streikenden erwarten allorts moralische Unterstützung, denn die Unternehmer versuchen Streikbrecher anzuwerben. Auch die finanzielle Unterstützung ist äußerst notwendig.

Stephan Steidl, Budapest, Dalmocutca 12.

**Gravenhagen (Holland).** Hier streiken 140 Steinarbeiter, welche eine Lohnerhöhung durchsetzen wollen. Da in den letzten drei Jahren sehr viele Streiks geführt wurden, ist die Zentralkasse finanziell sehr geschwächt. Anfragen sind an Gran Nijf, Schenkweg 286, Holland, zu richten.

**Zürich.** Indem die Bewegung der Steinhauer eine ernste geworden und jeden Tag der Ausbruch des Streiks zu befürchten ist, aber trotz aller Warnungen immer noch ein bedeutender Zugzug von Steinhauern hierher stattfindet, hat die letzte von sämtlichen Steinhauern besuchte Versammlung beschlossen, mit 3. April das Mitgliederregister abzuschließen, bis zur Beendigung der Lohnbewegung. Das Geld für die Herreise ist somit hinausgeworfen. Es ist unmöglich, Beschäftigung zu finden. Der schweizerische Zentralvorstand.

Die deutschen Kollegen allorts werden ersucht, den ausländischen Steinarbeitern die finanzielle Unterstützung nicht zu versagen. Die Internationale Agitationskommission appelliert an die Steinarbeiter Deutschlands, das so oft bewährte Solidaritätsgefühl aufs neue zu bezugen und Gelder für die Streikenden in Budapest und Gravenhagen zu bewilligen und unverzüglich an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

J. A. der Internationalen Agitationskommission

A. Staudinger

Leipzig, Große Fleischergasse 14, I.

### Zur kommenden Maifeier.

Am 1. Mai d. J. kehrt der Weltfeiertag der Klassenbewußten Arbeiter aller Nationen zum 14. Male wieder. Für die deutschen Arbeiter dürfte die Feier und vor allem auch das Ruhenlassen der Arbeit an dem großen Tage, welchen der internationale Arbeiterkongress zu Paris im Jahre 1889 für die gesamte Arbeiterschaft der Welt eingesetzt hatte, eine ausgedehnte und imposante werden. Im Jahre der Wahlen, sogar kurz vor den deutschen Reichstagswahlen, diese Feier, wie hebt sich da die Brust des deutschen Proletariats. Das Proletariat der Erde zeigt an diesem Tage den Unternehmern und Kapitalisten, daß einmütig und geschlossen der Arbeiter-Nuhetag durchgeführt wird und daß der Arbeiter der schrankenlosen

und willkürlichen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft Einhalt gebietet und bessere Lebensbedingungen verlangt. Auch bei unsern Berufskollegen verschafft er sich von Jahr zu Jahr mehr Eingang und erweckt deren Herzen, um sie als Freunde und Anhänger zu gewinnen.

Die deutschen Steinarbeiter haben schon längst erkannt, wie notwendig für sie eine Einigkeit ist, um die elenden Arbeitsverhältnisse, in denen sie schmachten, aus der Welt zu schaffen. Nicht durch Verlassen auf die Regierung und die Behörden, auch nicht durch das Bersprechen der Unternehmer werden wir zum Gewünschten gelangen, sondern selbst ist der Mann, müssen auch wir denken, und selbst müssen wir schaffen, wenn etwas Ersprießliches erreicht werden soll.

Ein Beispiel sollen wir uns nehmen an andern Arbeitern und deren Arbeits- und Lohnverhältnissen. Werden wir nicht gemahnt, uns die gleichen Bedingungen zu erringen? Die regierenden Gewalten sollen am 1. Mai an die Forderungen der Arbeiter erinnert werden. Der Tag soll keine Entflammung wilder kriegerischer Leiden hervorrufen. Dieser Tag dient vielmehr dem allgemeinen Völkerrfrieden. Das arbeitende Volk will zeigen, daß es auch einen Feiertag einhalten kann, der nicht durch Staatsgewalten und Religionsgemeinschaften sanktioniert ist, der gegen den Willen der Machthaber eingehalten wird und an dem nur der unbeugsame Wille der Arbeiter zum Ausdruck kommt.

Opfer legt die Maifeier allerdings manchem Arbeiter auf, denn an Nachmehnen von der Maifeier fehlt es bekanntlich nie. Die Arbeitgeber suchen jede Gelegenheit auszunützen, um an dem Arbeiter ihr Mütchen zu fühlen, um sie für ihre „Freiheit“ zu strafen. Das Proletariat hält dessen ungeachtet an diesem Feiertag fest. Ihre Ueberzeugung gilt ihnen mehr, wie des Unternehmers „Arbeiterfreundlichkeit“.

Darum, ihr Steinarbeiter Deutschlands, lernt den Sinn und die Bedeutung des 1. Mai kennen, schließt Euch der modernen Organisation an, nehmt Lehre an den Beispielen, welche Euch gegeben sind und sorgt dafür, daß wir den Weltfeiertag ebenso feiern wie die übrige Arbeiterschaft.

### Die Erhebungen der Berliner Marmorarbeiter im Reichstage.

Die Kollegen der Marmorbranche in Berlin veranstalteten im vorigen Jahre über die dortigen beinahe unerträglich traurigen Berufsstände eine Erhebung, die in der Beilage der Nr. 43 des Steinarbeiters vom Jahre 1902 veröffentlicht worden ist. Aus dieser Erhebung ist nur zu klar zu ersehen, daß auch in diesem Berufe eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitszeit, sowie eine Verbesserung der sanitären und hygienischen Vorschriften unbedingt notwendig ist.

Diese Erhebungen liehen die Berliner Marmorarbeiter dem Bundesrat sowie dem Reichstag in der Form einer Denkschrift zukommen, und in der Sitzung vom 23. März d. J. kam der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm, der auch seinerzeit die Forderungen der Sandsteinmehnen so außerordentlich wirksam vertrat, auf dieselbe zu sprechen und führte nach dem Stenogramm folgendes aus:

„Sodann habe ich noch zur Sprache zu bringen eine Denkschrift der Marmorarbeiter, derjenigen Arbeiter, die in den Marmorwerkstätten tätig sind. Sie ist dem Bundesrat zugegangen und wohl auch den meisten Abgeordneten, aber erst nach der zweiten Lesung des Reichsamts des Innern, so daß ich sie bei jener Debatte nicht habe erwähnen können. Wir haben im vorigen Jahre eine Bundesratsverordnung bekommen bezüglich der Steinmehwerkstätten. Wenn sie auch noch eine Menge Mängel an sich hat, so wäre sie immerhin von Nutzen

für die Arbeiter, wenn sie nur durchgeführt würde. Bis jetzt aber, hat mir der Vorstand der Steinarbeiter erklärt, spürt man von ihrer Durchführung noch recht wenig. Ganz und gar nicht berücksichtigt sind aber die Marmorarbeiter in jener Bundesratsverordnung. Diese leiden ebenfalls sehr an den in ihrem Gewerbe herrschenden Zuständen. Der Marmor wird zwar nicht trocken, sondern naß geschliffen, so daß die gefährlichen Staubaufwirbelungen hier nicht in Betracht kommen. Dafür spielt hier das Wasser die verderbliche Rolle, die beim Sandstein der Staub spielt. Ein Marmorarbeiter braucht täglich bis zehn Liter Wasser. Die werden an dem Arbeitsplatz auf das Werkstück aufgegossen und bilden nun unter dem Plaque bald zusammen mit dem heruntergespülten Staub eine Schlammdecke, die beim Reinigen Abends oder Morgens nur etwas beiseite geschoben wird. Der Schlamm geht in Fäulnis über, wird übelriechend und bringt den Leuten Rheumatismus und alle möglichen Erkältungskrankheiten, da im Laufe der Zeit ein vollständiger Sumpf entsteht. Es ist sehr traurig, daß alle solche selbstverständlichen Dinge, daß z. B. eine solche Werkstatt gereinigt werden muß, erst mit Hilfe der Polizei den Unternehmern abgezwungen werden müssen, daß der Unternehmer nicht selbst dafür sorgt, daß die einfachsten Forderungen der Menschenpflicht, des Anstands und der Gefittung erfüllt werden. Auch die Marmorarbeiter erklären sich absolut außer stande, durchzusetzen, daß ihnen auch nur dieser geringe Schutz seitens der Arbeitgeber gewährt wird. Sie haben ihre Organisation, aber diese wird von den Arbeitgebern genau so verfolgt wie die Organisationen überhaupt, und es bleibt nur der Schutz der Gesetzgebung übrig, um jene Zustände zu beseitigen. Ventilationseinrichtungen sind so gut wie gar nicht vorhanden, auch dort nicht, wo trocken gearbeitet wird. Dann sind keine Räume vorhanden, in denen die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen können, sie müssen in diesen sumpfigen, schmutzigen Räumen, wo der Marmor geschliffen wird, ihr Mittagmahl einnehmen zc. Es gibt keine Waschgelegenheit in den meisten Betrieben, und bis zu 15 Stunden dauert die Arbeitszeit, während der sie in den nassen, schmutzigen, sumpfigen, stinkenden Räumen zubringen, um dann schließlich die Arbeitskleider allensfalls mit den Straßenkleidern zu vertauschen, die wieder in diesem feuchten Raum gehangen haben, so daß sie ebenfalls wieder schmutzig und unsauber sind. Dann kann der Arbeiter nach fünfzehnstündiger Tätigkeit nach Hause gehen. Dazu kommt, daß die Arbeitsräume nicht genügend groß sind; die Schleiftische stehen eng beieinander, so daß die Arbeiter sich nicht rühren können, sie sind nur oft 40 Zentimeter weit voneinander entfernt. Die Marmorarbeiter fordern aber, daß um jeden Tisch mindestens ein 75 Zentimeter breiter Streifen frei sein muß. Die Arbeitsräume sind mitunter so niedrig, daß die Leute schon dadurch an Luftmangel leiden; so sind geschlossene Räume nur 1,80 Meter hoch. Kurz und gut, hier herrschen ebensolche Mißstände, wie bei den Sandsteinarbeitern, und es ist notwendig, daß für die Marmorarbeiter ebenfalls etwas getan wird. Aber bei Erlaß der Verordnung für die Sandsteinarbeiter wurde von der Regierung immer gesagt: ja, es sind nur die Sandsteinarbeiter, die unter dem Staub zu leiden haben, der ihnen die Schwindsucht bringt. Aber, wie ich geschildert habe, sind auch bei den Marmorarbeitern außerordentlich ungesunde Zustände vorhanden, die dringend erforderten, daß die Regierung hier einschritte und das Unternehmertum zu seiner Pflicht rief.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungsvertreter ging auf die Denkschrift ebenso wenig ein, wie die nachfolgenden bürgerlichen Abgeordneten.

Es ist dies ein Beweis, daß wir desto zäher unsere berechtigten Forderungen an höchster Stelle zur Geltung

bringen. Vielleicht ist es möglich, durch eine umfassende Darstellung der bestehenden Mängel in der Granit- und Marmorindustrie, die sich über ganz Deutschland erstrecken müßte, eine Beseitigung derselben herbeizuführen.

## Zweiter Bauarbeiterschutz-Kongress.

Auf dem Gewerkschaftskongress zu Stuttgart fand sich die Regierung veranlaßt, Vertreter zur Information zu entsenden; auf dem II. Bauarbeiterschutzkongress, wo die Regierung ein ungeheures Informationsfeld vor sich gehabt hätte, war dieselbe nicht vertreten. Graf Pofadomsky teilte der Zentralkommission mit, er sei verhindert, der Einladung Folge zu leisten. Diese Erklärung wurde unter allseitiger Heiterkeit auf dem Kongress bekannt gegeben. Es hat sich innerhalb etlicher Monate der Kurs eben — wieder geändert und man suchte das damals von der Scharfmacherpresse gerügte Gebaren wieder in reichlichem Maße gut zu machen, worüber diese Presse ebenfalls wieder dankend quittieren wird. Auf Unternehmerkongressen ist die Regierung allerdings vertreten, auf Arbeiterkongressen hat dieselbe Regierung die Verpflichtung allerdings nicht — Parität üben zu lassen.

Die ersten Ansätze zu einem gemeinsamen Vorgehen, um den immer stiefmütterlich behandelten Bauarbeitern mehr Schutz zu verschaffen, gingen 1895 von Dresden aus und die 1898 begründete Kommission für Arbeiterschutzes hat wirklich große Erfolge durch die intensiv geleistete Arbeit aufzuweisen. Die Gefahren im Bauarbeiterberufe werden am deutlichsten charakterisiert, wenn man die Unfallziffern von den 13 Baugewerks-Vereinigungen vom Jahre 1901 betrachtet, wo 48 065 Verletzte festgestellt wurden.

Die Ziele der Bauarbeiter gehen aber nicht nur auf die Verminderung der Unfallgefahren. Sie wollen auch die sanitären Verhältnisse heben. Der Kampf um geeignete Neubauten, um die Regelung der Fällalienbeseitigung, um das Verglasen der Winterbauten und um die Abschaffung der offenen Koksfeuer hat den Erfolg gehabt, daß die behördlichen Organe mancherlei Verordnungen erließen. Von 1897 bis 1900 wurden im Deutschen Reich 245 Vorschriften und Verordnungen erlassen; davon entfallen auf Preußen 144. Von diesen Vorschriften bezogen sich 211 auf gesundheitlichen oder sittlichen Schutz, 34 Verordnungen nahmen auf den Gerüstbau Bezug.

Bezeichnend für den Eindruck des ersten Bauarbeiterschutzkongresses ist, daß der größte Teil der Verordnungen erst nach dem Jahre der Tagung 1899 erschien. Der Reihe nach schufen alsdann Bayern, Baden und Sachsen Landesbauarbeiterschutzgesetze. In Preußen wurden nur „Erhebungen“ darüber angestellt, ob es „notwendiger“ sei, die bestehenden Vorschriften zu verschärfen oder neue zu erlassen. Wie viel Widerstand die Bauarbeiter fanden, als sie zum Beispiel die Verglasung der Fenster auf Neubauten forderten, das geht aus einer Antwort hervor, die die Gölitzer Polizeibehörde übereinstimmend mit dem Gutachten des Kreisphysikus gab: „Wir haben uns nicht davon zu überzeugen vermocht, daß das Arbeiten bei geöffneten Türen und Fenstern, bei bewegter Luft — Zugluft ist nichts anderes als bewegte Luft — nachteilig auf die Gesundheit wirkt.“ Und in Dresden erteilte der Rat der Stadt auf eine Petition der Arbeiter im Jahre 1894, betreffend „die Dichtung der Winterbauten“ folgende Antwort: „Wenn die einzelnen Arbeiter die Zugluft zc. nicht ertragen können, so sollen sie eben für die Dauer dieser unangenehmen Wahrnehmung nicht arbeiten.“ Seitdem hat auch hier die unausgesetzte Arbeit ihre Früchte getragen, Hamburg (1897), Sachsen u. a. m. haben die gewünschten Verordnungen erlassen. In Preußen trat erst Ende Oktober 1901 eine auf die Verglasung der Fenster bezügliche Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten in Kraft.

Um die praktische Durchführung solcher Verordnungen zu überwachen, verlangen die Bauarbeiter die amtliche Mitwirkung der Arbeiterkontrollen. Sie haben sich überzeugt, daß die amtliche Kontrolle vielfach lückenhaft und unzureichend ist. In Berlin wurde bei einer seitens der baugewerblichen Arbeiter vorgenommenen Kontrolle festgestellt, daß bei 598 Bauten nicht ein einziges Mal von der Baupolizei oder von Beauftragten der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen während des Rohbaues kontrolliert worden war.

Auch unter Berufskrankheiten haben die Bauarbeiter zu leiden. Endlich laufen sie Gefahr, strafrechtlich verfolgt zu werden, wenn z. B. der Unternehmer bei Bauunfällen die Schuld von sich auf den Polier u. a. abzuwälzen versucht.

Der erste Bauarbeiterschutzkongress tagte am 20. und 21. März 1899 zu Berlin, an welchem 304 Delegierte teilnahmen. Der diesjährige Kongress, welcher am 29. März begann, dagegen, weist die stattliche Zahl von 436 Delegierten auf — wirklich ein Parlament, das nach außen hin seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Wir lassen nun einen gedrängten Bericht über diesen wichtigen Kongress folgen, denn der Raum erlaubt es leider nicht, eingehend darüber zu berichten. Insbesondere wollen wir das äußerst interessante Referat des Sekretärs der Zentralkommission, des Genossen Heinke-Hamburg, hervorheben, der es in musterwürdiger, fesselnder Weise verstand, die Materie zu behandeln. Ueberhaupt ist es der unermüdbaren Tätigkeit des Genossen Heinke zum größten Teile zu verdanken, wenn die Bewegung zur Bessergestaltung des Bauarbeiterschutzes solch immerhin günstige Fortschritte zu verzeichnen hat.

### Erster Verhandlungstag.

Montag den 30. März.

Der Vorsitzende Zimmerer Schrader-Hamburg eröffnet die Verhandlungen mit der Mitteilung, daß Staatssekretär Graf Pofadomsky auf die Einladung der Zentralkommission er-

widert habe, daß er „behindert sei, der Einladung Folge zu leisten.“ (Gelächter.)

Als Gäste sind noch erschienen die Zimmerer Trompeter aus Dänemark, Stasny aus Böhmen und Wessely aus Wien, Maler Staube aus Zürich und Dachdecker Schilber aus Wien. Der Kongress tritt in die Verhandlung des ersten Punktes seiner Tagesordnung ein:

### Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterschutzes.

Der Berichterstatter Bömelburg wirft einen Rückblick auf die nicht laute, aber eifrige Tätigkeit der Kommission, die die Aufgabe hatte, alle Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse des ersten Schutzkongresses zu treffen und die Bestimmungen zu sammeln, nach denen in Deutschland und dem Auslande öffentliche Bauarbeiten vergeben und ausgeführt werden. Sofort nach dem Kongress wurde ein besoldeter Sekretär angestellt, der gemeinsam mit der Zentralkommission eine wirksame Propaganda für den Bauarbeiterschutzes einleitete und überall die Bildung lokaler Schutzkommissionen anregte. Mit den Arbeitervertretern in den Parlamenten und Kommunen hat die Kommission in reger Verbindung gestanden, um sie auf Grund sachmännischer Kenntnisse in die komplizierte Materie der Bauarbeiterschutzesvorkehrungen einzuführen. Schließlich ist die Öffentlichkeit durch Artikel aus der Feder des Sekretärs in der Arbeiterpresse auf die Schäden im Baugewerbe unermüdblich hingewiesen worden. Die Zentralkommission hat die Bestimmungen über das Submissionswesen gesammelt und Vorschläge zur Reform der Unfallversicherung bei Bauausführungen ausgearbeitet. Diese Vorschläge sind den Arbeitervertretern bei den Institutionen der sozialen Gesetzgebung zur Information überandt worden in der Erwartung, daß diesen Arbeitervertretern der Entwurf zur Regelung des Bauarbeiterschutzes zur Begutachtung überwiesen werden würde, der, wie es 1901 hieß, im preussischen Justizministerium ausgearbeitet wurde. In erweiterter Form sind diese Vorschläge dann in einer Petition an den preussischen Landtag eingereicht worden. Die Kommission hat die Absicht, sich unter Ausgab einiger tausend Mark an der permanenten Ausstellung für Unfallverhütung zu beteiligen, die demnächst in Charlottenburg eröffnet werden wird. Öffentlich stellt uns Graf Pofadomsky einen genügend großen Raum zur Verfügung. Wir werden ein Mustergerüst und das Modell einer Baubude aufstellen. Unausgesetzt werden wir auf die Fortführung des Bauarbeiterschutzes dringen. Wer viel fordert, bekommt viel; wer wenig fordert, bekommt nichts. (Heiterkeit.) Blöde sind wir Bauarbeiter nicht, und das ist gut. (Heiterkeit.) Im Landtage hat Herr Max Girsch den Bauarbeiterschutzes das Stiefkind der sozialen Gesetzgebung genannt. Er mußte sich unserer Forderungen annehmen, damit ihm nicht der letzte freisinnige Maurer verloren geht. Und ebenso ist das Liebeswerben des Zentrums zu beurteilen. (Große Heiterkeit.) Es ist einmal gesagt worden, der Bauarbeiterschutzes werde von den Organisationen nur als ein Lügenbühler betrachtet. Gegen dieses Wort muß ich mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. (Sehr richtig!) Der Bauarbeiterschutzes ist kein Lügenbühler, sondern ein wichtiger Programmpunkt in der großen Gewerkschaftsbewegung, der allerdings einmal hier und da in den Hintergrund treten kann. Man kann von unserm Bericht wohl sagen, es hätte mehr geschrieben werden können. Das geht uns so, wie allen andern. Wenn aber der einheitliche Gedanke der großen Masse vorhanden ist, wird es auch mit unserer Bewegung immer vorwärts gehen. (Beifall.)

Eine Debatte findet nicht statt.

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung:

### Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiterschutzes.

Referent Heinke-Hamburg, der Sekretär der Zentralkommission, begründet eine Resolution, in welcher unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Gesetzgebung, die Reichsregierung aufgefordert wird, ein Reichsbauarbeiterschutzgesetz dem Reichstage vorzulegen, worin die Unfallverhütungsvorschriften nach folgenden Normen zu regeln sind:

a) Es sind Normalvorschriften zu erlassen für Sicherheitsvorkehrungen bei Abbrucharbeiten, bei Ausschachtung der Baubuden für Hoch- und Tiefbauten, für Brücken, Herstellung der Transportwege, Auf- und Ausbau jeglicher Bauten unter Berücksichtigung ihrer Eigenheiten und des zu denselben zu verwendenden Materials.

b) Die Bauherren und Unternehmer sind gemeinsam zu verpflichten, bei allen Neu- und größeren Umbauten Anleide-, Wasch- und Speisräume zur unentgeltlichen Benutzung zu stellen; bezüglichen der Gesundheit und Sittlichkeit entsprechende Aborte in genügender Zahl.

c) Die Bauherren und Unternehmer sind in solidarischer Haftung gehalten, bei dem inneren Ausbau der Neu- und Umbauten während des Winterhalbjahres die Tür- und Fensteröffnungen so zu schließen, daß die Innenarbeiter gegen die äußerst gesundheitsgefährliche Zugluft geschützt sind; offene Koksfeuer zum Austrocknen und Erwärmen der Bauten dürfen nicht in Anwendung kommen. Bei allen Maler- und Anstreicherarbeiten ist der Gebrauch bleihaltiger Farben zu verbieten.

d) Die Unternehmer oder die verantwortlichen Bauleiter sind zu verpflichten, den Arbeitern auf Bauten, Holz-, Zimmer- und Werkplätzen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

e) Die geregelte Ueberwachung der vorbezeichneten Bauausführungen hat durch behördliche mit dem Baubetrieb vollständig vertraute Beamte zu erfolgen, mit der Maßgabe, daß diesen Beamten in allen größeren Städten und in aus kleineren Orten polizeilich abgegrenzten Bezirken praktisch erfahrene Arbeiter als Baukontrollen zur Seite gegeben werden. Diese Kontrollen sind von den in Betracht kommenden Bauarbeitern zu wählen und vom Staat oder der Gemeinde zu besolden. Die Wahl dieser Arbeiterkontrollen erfolgt nach dem Modus der Gewerbevereinigungen, mit der Maßgabe, daß alle vorjährigen baugewerblichen Arbeiter wahlberechtigt sind.

f) In dem Gesetz muß weiter ausgesprochen werden, daß die Vertreter der Baugewerks-Vereinigungen gemeinsam mit den Vertretern der in Betracht kommenden Arbeiter verpflichtet sind, für ihren Bezirk die zwecks Unfallverhütung gesetzlich festgelegten Normalvorschriften nach Möglichkeit so zu präzisieren, daß sie auf alle Fälle anwendbar sind; ferner, daß die bezeichneten Vertreter alle zwei Jahre, im Notfalle zu einem früheren Zeitpunkt, zur eventuellen Ergänzung oder zur Formulierung notwendiger Abweichungen von den Normalvorschriften zusammenzutreten haben, und schließlich, daß zu allen diesbezüglichen Beratungen die Bauaufsichtsbeamten und Bauarbeiterkontrollen des Bezirks hinzugezogen und die Gutachten derselben gehört werden müssen, sowie auch, daß die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten oder die obere Verwaltungsbehörde des Bezirks die zu stande gekommenen Beschlüsse alsbald zu veröffentlichen haben, wodurch sie Gesetzeskraft erlangen.

g) Die Wahl der hier in Betracht kommenden Arbeitervertreter erfolgt nach dem Modus der Gewerbevereinigungen, mit der Maßgabe, daß alle vorjährigen baugewerblichen Arbeiter des in Frage kommenden Bezirks wahlberechtigt sind.

h) Die Bauaufsichtsbehörden der einzelnen Bundesstaaten oder des Verwaltungsbezirks haben alljährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und Wahrnehmungen zur öffentlichen Kenntnisnahme herauszugeben.

Der Referent kritisiert die Haltung der Reichsregierung, welche es ablehnte, den Bauarbeiterschutzes reichsgesetzlich zu regeln. Durch das bekannte Rundschreiben des Herrn v. Pofadomsky vom 30. Juni 1898 sei erwiesen, daß die Regelung durch das Reich möglich sei. Die Ueberweisung dieser Materie an die Partikulargesetzgebung sei wohl geschehen, um in dieser Sache der Kontrolle der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag zu entgehen. Das werde aber nicht vollauf gelingen. Redner erörtert dann die Art der Verordnungen, welche die einzelnen Länder erlassen haben. Preußen habe in dieser Beziehung einen sehr nachteiligen Einfluß auf die andern Bundesstaaten ausgeübt, denn die Verordnung des Herrn v. d. Neke vom

7. Juli 1899 bleibe weit hinter den minimalsten Forderungen der Arbeiter zurück, namentlich in Bezug auf die Aborte, die offenen Koksfeuer und der Verglasung der Fenster. Die letztere werde in Preußen erst vom 15. November ab auf nur vier Monate verlangt. Sachsen sei den Forderungen der Bauarbeiter verhältnismäßig am weitesten entgegengekommen; in Bayern dagegen habe der Bauarbeiterschutzes bis vor wenigen Jahren noch sehr im argen gelegen. Die Regierung habe aber die Notwendigkeit des Bauarbeiterschutzes anerkannt, und es seien auch in einer Anzahl Orte Arbeiterkontrollen angestellt und wo dies geschehe, sei die Zahl der Unfälle auch zurückgegangen. An dem bayerischen Beispiel sei erwiesen, daß ein Staat durch Anstellung von Arbeiterkontrollen nicht zu Grunde gehe. Die Baugewerksvereinigungen weigern sich bis auf eine, die rheinisch-westfälische, der Zentralkommission zu liefern, weil, wie Herr Feliß behauptet habe, die Agitatoren Unfug damit trieben“. Redner weist diesen Vorwurf zurück; er würde sich sehr freuen, einen Rückgang der Unfälle konstatieren zu können. Der Rückgang von Unfällen sei nur bezüglich der Schwererlegten und der Getöteten in den letzten 5 Jahren ein ganz minimaler gewesen. Redner weist entschieden den Vorwurf zurück, als ob Trunkenheit eine hervorragende Ursache von Unfällen sei. Uebrigens bemühe sich aber gerade die gemeinschaftlich organisierte Arbeiterchaft, den übermäßigen Alkoholgenuß einzuschränken; es gehe aber nicht an, den Arbeitern das Trinken auf Bauten ganz zu verbieten. Aus den Zahlen der Unfallstatistik weist Redner nach, daß die Schuld der Arbeiter an Unfällen nur in geringem Umfange nachgewiesen ist. Die Ursachen der Unfälle sind hauptsächlich in der überlangen Arbeitszeit, den „wilden“ Baumethoden und der unzulänglichen Schutzbestimmungen zu suchen. Eine verkürzte Arbeitszeit werde im Baugewerbe nicht zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung führen können, denn dieselbe sei jetzt schon auf das höchste gesteigert. Eine Steigerung der Arbeitsleistung bedeute für die Arbeiter eine Erhöhung der Unfallgefahr. Die Aufsicht der Berufsvereinigungen sei vollständig ungenügend. Die 44 technischen Beamten der 13 baugewerblichen Berufsvereinigungen seien die Hälfte ihrer Zeit mit Bureauarbeiten beschäftigt. Bei einigermaßen genügender Kontrolle müßten wenigstens 450 Beamte angestellt werden. Solange die Baupolizei nicht strafrechtlich für die Ueberwachung der Bauten bez. für die Unfälle verantwortlich gemacht wird, werde die behördliche Kontrolle auf dem Papier stehen bleiben. Außerdem müssen neben einer größeren Zahl hoher ausgebildeter technischer Bauaufsichtsbeamten Kontrollen aus den Reihen praktisch tätiger Arbeiter angestellt werden. Während der Wintermonate könnten die Arbeiterkontrollen sich weiter ausbilden, ihre Berichte schreiben zc. An einer Reihe von Beispielen weist Redner nach, daß die Unternehmer, selbst wenn ihre Schuld an den Unfällen festgestellt ist, von der Justiz meist sehr glimpflich behandelt werden. In vielen Fällen trete dann auch noch Begnadigung ein, entweder zu Festungshaft oder Geldstrafe. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß seitens der Gerichte auch Arbeiter gutachtlich gehört werden müssen. Redner schließt mit dem Ersuchen, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es wird hiemit nochmals darauf hingewiesen, daß auf Nachfrage an Einzelzahler nichts versandt wird.

Unterstützungsgesuche für Maßregelung, Umzugskosten oder Rechtschutz müssen von der Lokalverwaltung gestellt und unterzeichnet sein, wenn dieselben Berücksichtigung finden sollen.

Hamburg zahlt 4 Tage Reiseunterstützung.

Trotz fortgesetzten Hinweises unsererseits, bei Geldsendungen genau anzugeben, für was die Beträge verrechnet werden sollen, wird dieses doch vielfach nicht beachtet; wir ersuchen, dem endlich nachzukommen, da wir für daraus entstehende Irrtümer nicht verantwortlich sein können.

Hiermit geben wir bekannt, daß diese Woche die für das Jahr 1903 zu klebenden Delegiertenmarken zum Versand gelangen. Dieselben sollen im Monat April gesteuert werden; jedoch hat jedes im Laufe des Jahres arbeitende Mitglied dieselben zu kleben, gleichviel ob dasselbe im April in Arbeit stand oder nicht.

Da wir mit Ablauf des Quartals beabsichtigen, eine Zusammenstellung der Mitglieder des Verbandes vorzunehmen, so ersuchen wir alle diejenigen Zahlstellen, die die Mitgliederliste noch nicht eingesandt haben, dies unverzüglich zu tun, spätestens aber bis zum 15. April dem nachzukommen, damit wir einen genauen Ueberblick über die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Orten gewinnen.

Verbandsplakate gelangen im Laufe dieser Woche zum Versand. Hierbei ist zu beachten, daß ein Exemplar unentgeltlich geliefert wird, jedes weitere Exemplar ist mit 75 Pfg. zu bezahlen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Revisoren der Zahlstellen verpflichtet sind, im Laufe dieser Woche die Quartalsabrechnung vorzunehmen. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß das zugeordnete Abrechnungsformular richtig ausgefüllt und nebst dem Gelde für das verkaufte Material rechtzeitig an den Vorstand eingesandt wird.

Ferner ersuchen wir die Ortsstatistiker dafür zu sorgen, daß die Todesanzeigen der in der letzten Zeit verstorbenen Kollegen eingesandt werden, damit die diesjährige Statistik wahrheitsgetreu wiedergegeben wird.

Der Zentralvorstand.

### Berichte.

Alt-Warthau. Am 31. März fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung des ersten Quartals und Abrechnung der Kranken-Zuschußkasse. Unter Verschiedenem wurde auf Vorschlag des Kassierers der Beitrag zur Kranken-Zuschußkasse erhöht und zugleich auch das Krankengeld von 4.50 Mark auf 3.50 Mark pro Woche herabgesetzt, da sich sonst die Kasse auf die Dauer nicht halten kann. Unter anderem beschloß die Versammlung, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern, dieses gilt nur für die Steinmehrer, die Steinbrecher können es dann ihrer Bessergelaltung nach durchführen. Zum Schluß der Versammlung wurde den Kollegen die Bundesratsverordnung nochmals in Erinnerung gebracht, da hier noch viele Mängel zu beseitigen sind.

Bunzlau. Die hiesigen Arbeitgeber haben in Nr. 9 des Deutschen Steinbildhauer eine Erklärung abgegeben derart, daß ein Ueneingeweihter denkt, die diesjährigen Tarifverhandlungen hätten mit einer Lohnreduzierung statt mit einer Lohnreduzierung geendet. Sie schreiben u. a.: „Der Lohnsatz wurde

in verschiedenen Nebenbestimmungen, welche sich als widersprüchlich im Laufe der Zeit herausgestellt haben, geändert, sprache stellt und teilweise ergänzt. Wie nun diese Klarstellung ausgefallen ist, wollen wir den Kollegen nicht vorant halten, denn das, was man hier mit Nebenbestimmungen bezeichnet, sind die Positionen, die alle Tage vorkommen und welche nun so schon nach r u d w a r t s z u g e a n d e r t und dem Unter nehmer zum Nutzen und zum Schaden klar gestellt worden sind. Wenn es dann weiter heißt: „Der Tarif war in verschie denen Teilen widersprüchlich“, so ist das doch nur so zu verstehen, daß man unter diesem Dedamantel am besten eine Reduzierung begründen kann. Wir wollen einige Positionen anführen, wie eigentlich revidiert wurde. Für schlechte Glieder wurde ein Abzug von 1 1/2 Pfg. pro Glied und Meter gemacht, dann wurde bei großen Gefässen, welche erst 9 bis 10 Glieder zählen, jetzt nur noch 7 bis 8 Glieder herausrevidiert; für Sattelfüße, welche erst 1 1/2 mal im Profil gerechnet wurden, gibt es jetzt einen Zuschlag von 25 cm, u. a. m. Damit man nun nicht wieder erklären kann, wir berichten nicht objektiv, so wollen wir auch die Zugeständnisse erwähnen, welche gemacht worden sind. Es betrifft dieses solche Arbeiten, welche selten vorkommen, und wo man ganz gut den Entgegenkommen spielen kann, denn wann kommt es vor, daß man eine mehrfach gekrümmte, vierseitig eingesehete Fläche zu bearbeiten hat? Wenn man nun trotz der erhöhten Lebensmittelpreise eine Reduzierung des Tarifs vorgekommen hat, um die Lebenshaltung der Arbeiter auf das höchste Niveau herabzubringen, so zeugt dies von wenig sozialpolitischem Verständnis, denn die hier folgende Statistik beweist, daß der Tarif eher erhöht als erniedrigt werden mußte. Ueber die Gesundheits- und Serblich keitsverhältnisse im Steinarbeiterberuf gibt die Statistik der Krankenkasse eines hiesigen großen Betriebes beachtenswerte Auf schlüsse. Trotz hoher Beiträge ist die Kasse kaum im stande, die Mittel aufzubringen, die die häufigen Krankheitsfälle von ihr fordern. Die Statistik beweist außerdem, wie dezimierend die Sterblichkeit auf die Angehörigen des Steinarbeiterberufs wirkt. Es wurden gezählt:

Jahr	Mit glieder		Kranken fälle		Kranken tage		Sterbe fälle		Einnahme pro Kopf und Jahr		Ausgabe pro Kopf und Jahr	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1893	428	19	386	13	5350	128	15	1	25	40	27	92
1894	524	17	204	7	4708	243	8	—	25	04	22	60
1895	602	18	270	5	8100	115	18	—	25	34	29	13
1896	605	22	222	12	7544	246	24	—	25	71	28	25
1897	606	25	295	8	9003	369	20	1	34	14	37	03
1898	585	29	221	6	6869	180	18	—	34	07	30	32
1899	574	27	226	5	6505	31	27	—	32	58	30	90
1900	729	25	343	6	9681	158	27	—	34	57	34	23
1901	654	25	378	5	10572	241	21	—	33	58	38	22
1902	535	16	274	5	10143	93	25	—	33	40	47	41

Wir richten zum Schluß die Worte an die Kollegen von Buzlau und Umgebung: Tretet alle dem Verbande der Steinarbeiter Deutschlands bei, um bei gelegener Zeit das Verlorene wieder zu gewinnen, denn vereinzelt erringen wir nichts, nur das Geschlossene Ganze führt zum Ziel!

**Erfurt.** Am 31. März fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Dieselbe hatte sich hauptsächlich mit der Tariffrage zu beschäftigen. Den hiesigen Steinmetzen war zur Zeit der Tarif gekündigt, jedoch bis zur abgelaufenen Gültigkeitsdauer kein neuer oder eine Abänderung desselben gestellt. Nach längerer reger Debatte wurde der Antrag gestellt: da bis jetzt uns kein näherer Bescheid zugegangen ist, die Meister nochmals schriftlich zu ersuchen, den bis jetzt bestehenden Tarif auf ein Jahr zu verlängern. Dieser Antrag wurde angenom men. Es wurde eine Kommission von 6 Mann gewählt, die mit den Meistern nach ihrer besten Ueberzeugung verhandeln sollen. Im Verschiedenen wurde angefragt, ob ein Kollege, der 7—8 Mark verdient hat, auch seinen Wochenbeitrag zu be zahlen habe. Es wurde beschlossen, daß bei einem etwa vor kommenden Verdienst unter 10 Mark der Wochenbeitrag nicht bezahlt werden soll und die betreffende Woche arbeitslos ge stempelt wird. Dasselbe gilt aber nicht für diejenigen, welche ihre Arbeitszeit verschwängen und den angelegten Satz nicht er reichen. Ferner wurde noch beschlossen, den wöchentlichen Bei trag um 5 Pfg. zu erhöhen und dafür den Steinarbeiter jedem unentgeltlich zu liefern. Der Kassierer macht noch bekannt, daß etliche Restanten mit Steinarbeiterabonnementsgeldern und Bei trägen zu verzeichnen sind, er ersucht daher, wegen der Abrech nung schleunigst die Reste zu begleichen, widrigenfalls die Namen in nächster Versammlung bekannt gemacht werden.

**Serford.** Am 29. März fand eine gut besuchte Besprechung der Steinarbeiter statt. Die Quartalsabrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dann wurde Stellung genommen zur Gaufonferenz in Hildesheim. Betreffs eines Gauleiters wurde bedauert, daß Braunshweig als Vorort vom Gau VI nicht in der Lage sei, einen Gauleiter zu stellen, wo doch sonst tüchtige Kräfte am Platze tätig wären. Als Delegierter zur Gaufonferenz in Hildesheim wurde Kollege Chbredt gewählt.

**Mannheim.** Am 29. März fand hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Arnold erstattete Be richt über den Stand des Streiks. Das Einigungsamt habe eine Sitzung in dieser Angelegenheit auf Dienstag, den 31. März, anberaumt. Ob Gedert sich dem Schiedspruch desselben unter werfen werde, wissen wir nicht. Darauf wurde das Antwortschreiben des Zentralvorstandes verlesen, worin der Streik seitens des Zentralvorstandes sanktioniert ist. Es wurden die die ledigen Kollegen ersucht, die Abreise bis zum Termin zur Fällung des Schiedspruchs zu unterlassen. (?) Darauf wurde ein Antrag, denselben bei ihrer Abreise 6 Mk. Abreisegeld zuzustellen, angenommen. Hierauf ergriff Kollege Brand das Wort zu seiner Verteidigung gegenüber dem Vorwurf, daß er wissenschaftlich Streikbrecherdienste geleistet habe. Es wurde darauf in dieser Sache der Antrag, den Kollegen Brand nicht als Streikbrecher zu proklamieren, an genommen. Kollege Brand erklärte sich bereit, einen freiwilligen Beitrag der Streikfasse zuzustellen. Hierauf wurden die frei willigen Beiträge, insgesamt 40.80 Mk., dermaßen verteilt, daß den Ledigen 3 Mk. und den Verheirateten 5 Mk. zugestellt wurden; die restlichen 1.80 Mk. wurden dem Streikkomitee für eventuelle kleinere Ausgaben überlassen. Die freiwilligen Bei träge gingen folgendermaßen ein: Platz Hartmann 18.30 Mk., Platz Schuhmacher 10 Mk., Platz Gütlich 8.30 Mk., Friedhof 50 Pfg., Anonym 3 Mk.

**Ammerkung.** Am 31. März wurde wieder eine öffent liche Steinarbeiterversammlung abgehalten. Kollege Kraft erstattete Bericht über das Ergebnis der Sitzung des Einigungs amtes. Gedert habe von vornherein erklärt, daß er sich in Ver handlungen nicht einlasse. Auf die Frage des Vorstehenden, Dr. Braunagel, ob er die ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen würde, wenn die Arbeit in der von Herrn Gedert festgestellten Einhaltung aufgenommen würde, antwortete Gedert, er habe mit den Ausständigen nichts mehr zu schaffen und lasse sich über haupt nicht binden. Wenn er den einen oder den andern später wieder einstellen wolle, so mache er das wie es ihm passe, und er stelle dann ein, wen er wolle. Daß einem derartig provozierenden Auftreten gegenüber die Ausständigen auch bis auf äußerste auf ihren Forderungen beharren und den ihnen aufgedrungenen Kampf um ihre Rechte führen müssen, ist selbstverständlich. Wäre Gedert ein humaner Arbeitgeber, so hätte er doch wenig stens die Forderung der Arbeiter betreffend die Verlegung der Mittagspause in die hier überall übliche Zeit von 12—1/2 Uhr genehmigen müssen. Herr Gedert braucht nicht Agitatoren und Geher unter seinen Arbeitern zu suchen. Ein besserer Agitator

wäre wohl so leicht nicht zu finden, wie er ihn selbst gegenüber seinen Arbeitern spielt.

**Meißen (Elbe).** Der Streik bei der Firma Köhler dauert ununterbrochen fort, indem sich die Situation für die Streikenden immer ä u n s t i g e r gestaltet, insofern, weil Herr Köhler die ganze Zeit während des Streiks immer auf die Suche nach indifferenten Arbeitern war und dieses bis jetzt gänzlich erfolglos blieb. Wie gerecht dieser Streik für die Arbeiter ist, läßt sich daraus erkennen, daß die Sympathie nur auf Seiten der Streikenden ist. Bei diesem Streik hat Herr Köhler wohl die Ausdauer der Streikenden nicht erprobt, indem er den den je h i g e n w i r t s c h a f t l i c h e n Verhältnissen ange paßten Tarif an. Daß hierauf die Arbeiter nicht eingehen können, ist klar, wohl aber hat Herr Köhler eine andre Wendung eingeschlagen und glaubt, diesen Streik damit los zu werden. Am 2. April ging wiederum der Gauvorstand mit einer Kom mission zu Herrn Köhler heran, um eine Einigung zu ermög lichen. Köhler erklärte dieser, daß er geneigt wäre, o h n e dieses Jahr noch beschäftigten könne, mit jedem einzelnen selbst sich verständigen würde. Wie arbeiterfreundlich das klingt! Im Innern aber denkt er, wenn ich nur den bösen Feind — den meinem Werte hätte, dann wäre mir geholfen und ich könnte mit Hilfe meiner t ü c h t i g e n B e a m t e n auf indirektem Wege den stark reduzierten Tarif zur Durchführung bringen.

**Meißen (Elbe).** Am 4. d. M., Abends 7 Uhr, fand eine Tagesordnung: Die Unternehmer und die Arbeiterorgani sationen, in der Goldenen Weintraube hier selbst statt, zu welcher als Referent Paul Biewieg erschienen war. Der Referent ent ledigte sich seiner Aufgabe in der besten Weise, indem er den Unor ganisierten aus den Vorkrisen der Meißen Umgebung den Wert der Organisation klarlegte. Besonders legte er die Frage vor, wer der eigentliche Arbeitgeber ist; daß nur derjenige, der mit seinen Händen Arbeit liefert, es ist und daß wir die mora lische Pflicht haben, unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich an den Unternehmer zu verkaufen, damit auch wir uns ein menschenwürdiges Dasein für uns und unsere Familien ver schaffen können. Er streifte die mangelhafte Durchführung der Bundesratsverordnung, sowie die mangelhaften Arbeitsbuden hauptsächlich in der Granitindustrie, wo die Arbeiter sich noch in der Gleichgültigkeit befinden. Er schloß seinen Vortrag mit der Ermahnung, wer dem Verband noch nicht angehöre, habe die Pflicht, sich demselben sofort anzuschließen. Reicher Beifall wurde ihm zu teil. Unterm 2. Punkt, Gewerkschaftliches, wurden noch einige Fragen erledigt. Kollege Pietich gab bekannt, daß für Mittwoch zu diesen Angelegenheiten eine Vereinsversammlung einberufen sei. Da sich sonst niemand zum Worte meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

**Mühlhausen (Elfäß).** Und wieder ein Streik beim Kirchenbau! Vor einigen Wochen teilten wir mit, daß die Firma B. Holzmann u. Cie., die den Kirchenbau im Gasgarten übernommen hat, das Gewerbegerichtsurteil auf Zahlung des Minimallohnes von 50 Pfg. pro Stunde an die Steinhauer damit beantwortet hat, daß sie einen Anschlag auf dem Bau platze anbringen ließ, wonach tüchtige Steinhauer den besagten Minimallohn verdienen könnten, wonach aber ein solcher Mini mallohn den beschäftigten Steinhauern keineswegs garantiert wird. Diese Bekanntmachung der Firma hebt, was den Ar beitern sofort klar war, die im September vorigen Jahres auf dem Bürgermeisteramt Mühlhausen vor dem Bürgermeister den streikenden Arbeitern und den autorisierten Vertretern der Firma abgeschlossene Vereinbarung kurzer Hand auf. Die Steinhauer rissen den Anschlag einfach ab und traten, als er wieder angebracht wurde und die Firma zudem Steinarbeiter aus der Platz unter Uebergehung hiesiger heranzog, einige Stunden hindurch auch in den Ausstand, nahmen jedoch die Arbeit wieder auf, als die neuangestellten Pläzler wieder abreifen und zwei von den durch die erwähnte Unternehmerverordnung geschädigten Leuten die Klage auf Auszahlung des durch Verein barung vor dem Bürgermeister verbürgten Minimallohnes beim Gewerbegericht eingereicht hatten. Diese Klage kam am verfloffenen Dienstag vor dem Gewerbegericht zum Austrag, endigte jedoch mit der Abweisung der Kläger, weil dieser Anschlag der Firma infolge Nichtbestehens einer Kündigungsfrist auf dem Bauplatz ohne weiteres rechtsgültig sei. Jetzt verlangten die auf dem Platze beschäftigten Steinhauer nochmals einstimmig die Ent fernung des Anschlags, und als diesem Verlangen nicht statt gegeben wurde, stellten sie am vergangenen Mittwoch früh, 23 Mann an der Zahl, die Arbeit ein. Sie fordern die Auf rechtserhaltung des von den Vertretern der Firma im vorigen Jahre durch Vergleich vor dem Bürgermeister ihnen garantierten Minimallohn von 50 Pfg.

Die Haltung der Firma Holzmann u. Cie. in diesen ewigen, über ein halbes Jahr sich nun hinziehenden Lohnstreitigkeiten ist ganz einfach unter aller Kritik. In einer Verhandlung mit den Streikenden erklärte einmal der elfäß-lothringische General vertreter der Firma, Herr Reine-Stragburg, er halte den Mini mallohn an sich für „unmoralisch“. Die Moral des Herrn ver trägt es aber, daß er das von den hiesigen Vertretern der Firma durch Unterschrift feierlich verpfändete Wort vor dem Gewerbe gericht erst abzuleugnen versucht, und daß er dann, nachdem dieses Gehören ohne Erfolg geblieben ist, durch einen selbst herrlichen Was die den Arbeitern zum Zwecke der Beilegung des vorjährigen Streiks gemachten Zugeständnisse aus der Welt schafft, als wären es Seifenblasen gemessen.

Die Streikenden sind entschlossen, die Arbeit ohne neue bindende und ungewandte Verpflichtungen seitens der Firma nicht wieder aufzunehmen. Ueber den Platz ist aufs neue die Sperre verhängt, der Zugang von Steinhauern nach Mühlhausen ist daher fernzuhalten.

**Mühlhausen (Elfäß).** Gestern Abend tagte im Lokale Brändle eine gut besuchte Versammlung mit der speziellen Tagesordnung: Der Ausstand am Kirchenbau. Es wurde den Kollegen nochmals kurz erklärt, daß am 28. März 23 Kollegen an der Friedlinskirche die Arbeit niederlegten infolge Kontraktbruches. Da bis jetzt jegliche Unterhandlungen nicht stattfin den konnten, sind die Ledigen zum Teil abgereist, zum Teil bei hiesigen Meistern untergebracht, so daß sich die Zahl der Streikenden auf 8 Mann reduziert hat. Da nun nicht ausge schlossen ist, daß sich der Streik in die Länge ziehen könnte, wurde einstimmig beschlossen, daß die arbeitenden Kollegen die strei kenden Kollegen so zu unterstützen haben, daß sie für jede Woche eine Mark zu bezahlen haben, bis der Streik beendet ist. Den Streikenden soll dann jede Woche einschließlich der Unterstützung der Zentralkasse 25 Mark bezahlt werden. (Ann. d. Red.: Es ist sehr anerkennenswert, wenn die in Arbeit stehenden Kollegen Mühlhausens den Streikenden einen wöchentlichen Zuschuß ge wahren, aber wir möchten denn doch anderen Zahlstellen, die mit solchen Eventualitäten zu rechnen haben, empfehlen, sich diesen Satz von 25 Mk. pro Woche nicht zum Muster zu nehmen, und zwar aus Gründen, die wir hier nicht darlegen wollen.) Weiter wurde ausgeführt, daß wir im Laufe der letzten Woche einen Streikbrecher zu verzeichnen haben. Derselbe schleicht sich jeden Morgen heimlich in das Geschäft und kommt den ganzen Tag nicht mehr heraus. Derselbe heißt Jos. Marx, geboren 3. Juni 1876 zu St. Georgen (Baden). Im Laufe der Dis kussion wurde der Antrag gestellt, M. auszuschießen. Der An trag wurde einstimmig angenommen, somit ist Marx aus dem Verbands ausgeschlossen, und soll dies in allen Arbeiterkreisen bekannt gemacht werden. Besonders den Vertrauensleuten diene dies zur Notiz. Auch werden die hiesigen Kollegen wissen, wie sie solchen Menschen zu behandeln haben.

**Döhlenbach.** Am 31. März fand hier unsere erste Mitglieder versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Vorstehende

ermahnte die Kollegen, daß sie jetzt auch treu zur Sache halten sollen, nachdem wir hier eine Zahlstelle gegründet haben, und daß es nicht geht wie mit einigen Zahlstellen, welche schon früher in hiesiger Gegend bestanden haben. Aus der Wahl ging hervor: Emil Müller als Vorsitzender, Johann Farnel als Kassierer, Karl Lint, Edmund Burthardt und Johann Zeffinger als Revisoren. Nach kurzer Debatte beim Punkt Verschiedenes über Agitation schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Ver sammlung.

**Schreibersgrün i. B.** Am 4. April fand hier selbst eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Staudinger war uns als Referent versprochen, selbiger hatte leider im letzten Augenblick telegraphisch abgesagt, was sehr bedauert wurde. (Ann. des Red.: Ich war durch U n w o h l s e i n verhindert, nach Schreibersgrün zu fahren. Dieses werden wohl die Kollegen entschuldigen.) Die Tarifkommission erstattete Bericht über ihre Tätigkeit. Selbige ist mit den Unternehmern am 29. März in Unterhandlung getreten, aber ohne Erfolg. Die Herren haben wieder einmal ihre Politik im vollsten Licht gezeigt. Sie waren zwar erschienen, aber nicht um mit den Kollegen zu unter handeln, sondern um sich in ganz frivoler Weise zu zeigen. Die Meister erklärten, daß die Ausarbeiter des Tarifs ganz dumme Jungen seien, zehn Stunden wäre eine zu kurze Arbeitszeit, wenn sie nicht wie früher arbeiten wollen, können sie alle ihre Wege gehen. Eine Kommission von drei Mann wurde gewählt, welche nochmals bei den Meistern vorstellig werden soll, gleichzeitig wird die Gauleitung beauftragt, eine Vermitt lungsperson zu der Unterhandlung zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende, Kollege Stöhr, legte sein Amt nieder, weil er vor Maßregelung geschützt sein will. Kollege Walthers-Trauen wurde einstimmig dazu gewählt; nach langer Debatte nahm der selbe das Amt an. An Stelle Walthers wurde Kollege Oskar Gerold als Beisitzer, sowie als Platzkassierer Otto Wolf und Wilhelm Findeisen gewählt. Im Schlußwort ermahnte Kollege Walthers, daß wir den Mut bei dem ersten Schreckschuß nicht verlieren sollten. Traurig, daß wir die zehnstündige Arbeitszeit erst erkämpfen müssen, die schon vom Bundesrat verordnet ist. So wollen wir nun erst recht wirken und schaffen, uns als Männer zeigen, die sich nicht länger als willenlose Sklaven behandeln lassen wollen. Agitiert, seid stark, bleibt einig, dann werden wir auch auf Erfolg rechnen können.

**Würzburg.** Am 29. März tagte in Sandersacker eine öffent liche Steinarbeiterversammlung zwecks Gründung einer Zahl stelle. Zum ersten Punkt: Wie ist die Lage in unserem Berufe zu verbessern? hielt Herr Arbeitersekretär Hauschild einen sehr trefflichen Vortrag. Es wurde sodann beschlossen, eine Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes zu gründen, und es wurden folgende Kollegen in die Verwaltung gewählt: A. Schneider als 1. Vor sitzender, Joh. Wohlfraam als Beisitzer, Kas. Dorjch als Kassierer und G. Müller als Schriftführer. 14 Mann erklärten ihren Beitritt. In acht Tagen findet die nächste Versammlung statt.

**In der Privatklage des Steinmetzmeisters Adolf Richard Schulte in Dresden gegen den Redakteur Alois Staudinger in Leipzig wegen Verleumdung hat das königliche Schöffengericht in Dresden in der Sitzung vom 21. Januar 1903 für Recht er kannt: Der Angeklagte Alois Staudinger wird wegen öffent licher, durch die Presse begangener Verleumdung zu dreihundert Mark Geldstrafe, im Uneinbringungsfall zu dreißig Tagen Haft verurteilt. Auch hat der Angeklagte die Kosten des Verfahrens, einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen, zu tragen. Solches wird hiemit auf Antrag des Privatklägers Schulze bekannt gemacht.**

Dresden, den 26. März 1903.  
Königliches Amtsgericht, Abt. IV.

**An die Gewerkschaften und Arbeitersekretariate!**

Das Zentral-Arbeitersekretariat, dessen Errichtung der Stuttgarter Gewerkschaftskongress im vorigen Jahre be schlossen hatte, wird nunmehr am 1. April d. J. seine Tätigkeit im vollen Umfange aufnehmen. Das Bureau befindet sich Berlin SO., Engel-Ufer 15, IV, (Gewerkschaftshaus) und sind dorthin alle Zuschriften an den Sekretär Robert Schmidt zu richten. Ueber die Aufgaben dieses Instituts befragt die Resolution des Stuttgarter Kongresses folgendes:

„Die Generalkommission hat in Berlin ein Zentral Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Refurse, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversiche rungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Refurse in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat.“

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der General kommission.“

Das Zentral-Arbeitersekretariat ist dem Bedürfnis ent sprungen, den Arbeitern, die ihrer Gewerkschaft angehören, eine Vertretung ihrer aus den Versicherungsgesetzen resul tierenden Ansprüche zu gewähren. Die Einrichtung wurde umso notwendiger, da die Berufsvereinigungen und Ver sicherungsanstalten für eine ständige Vertretung ihrer Inter essen vor dem Reichsversicherungsamt sorgten, während der mit den Gesetzen wenig vertraute und in den prozeduralen Vorstufen unbewanderte Arbeiter demgegenüber fast immer im Nachteil war. Auch die Schriftsätze, die vor den Arbeitersekretariaten für den Versicherten angefertigt wurden, konnten nicht den Mangel ganz beseitigen, da in der mündlichen Verhandlung häufig neue Einwände er hoben wurden, auf die der versicherte Arbeiter nicht ent gegnen konnte. Wohl steht dem Arbeiter die Forderungsnahme eines Anwalts frei, aber gerade die bedrängte Lage, in die der Arbeiter regelmäßig infolge eines Unfalls, bei Eintritt der Invalidität, oder die Witwe nach dem Tode des Mannes gerät, macht es unmöglich, die Kosten für die Vertretung durch einen Anwalt aufzubringen. Das persönliche Erscheinen der Arbeiter ist oft wegen der weiten Entfernung mit großen Kosten und Schwierigkeiten ver knüpft, und da das Reichsversicherungsamt Reisekosten nicht immer vergütet, so muß der Versicherte damit rechnen, aus eigenen Mitteln die Aufwendungen zu bestreiten.

Dadurch, daß das Zentral-Arbeitersekretariat mit dem versicherten Arbeiter in enge Fühlung tritt, wird es oft möglich sein, Beweismaterial zu Gunsten des verletzten oder invaliden Arbeiters geltend zu machen, das sonst unbeachtet blieb.

Das Institut ist von den Gewerkschaften ins Leben gerufen, die organisierte Arbeiterschaft bringt die Mittel auf; es ist selbstverständlich, daß dadurch auch der Kreis derjenigen, die ein Recht auf die Forderungsnahme des Zentral-Arbeitersekretariats haben, sich auf Angehörige der Organisation beschränken muß. Die Grenze wird nicht mit großer Strenge aufrecht erhalten werden, vor allem nicht gegenüber den ländlichen Arbeitern, aber wir haben folgerichtig des uns gegebenen Auftrags das Institut als ein der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gehöriges und für sie tätiges zu betrachten. Die Gewerkschaften haben damit das Gebiet der sozialen Fürsorge um ein Erhebliches erweitert und ihren Mitgliedern neue Anrechte auf die Er füllung des Rechtsschutzes geschaffen.

Als eine weitere Aufgabe des Zentral-Arbeitersekre tariats betrachten wir es, bei den Wahlen zu den Arbeiter-

Vertretungen, die auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes und des Invalidengesetzes vorgesehen sind, den Gewerkschaften helfend und fördernd zur Seite zu stehen. Wir werden die Vorbereitungen zu den Wahlen übernehmen, damit eine Aufstellung geeigneter Kandidaten zeitig erfolgen kann und eine sozialpolitisch fortgeschrittene Vertretung der Arbeiterschaft in der Arbeiterversicherung Sitz und Stimme erhält.

Diese Aufgaben mit peinlicher Gewissenhaftigkeit zu erfüllen, wird unser ernstes Streben sein, wir hoffen daher mit tätiger Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeitsekretariate das Zentral-Arbeitersekretariat zu einem tüchtigen und energischen Anwalt der Arbeiterinteressen zu gestalten; das Institut wird dem alten Arbeiter, dem Invaliden, dem an der Arbeitsstätte zum Krüppel gewordenen unentgeltlich Rat und Stütze leisten.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Das Zentral-Arbeitersekretariat.  
F. A.: Robert Schmidt.

## Rundschau.

**Schwarze Listen.** Aus dem reaktionären Elsaß-Lothringen, wo die Trabanten des Herrn Baumeister Felsch die Arbeiterbewegung mit allen Gewaltmaßregeln zu unterdrücken versuchen, versendet das vereinigte Bauunternehmertum gelegentlich des Maurer- und Zimmererstreiks eine schwarze Liste, die uns von befreundeter Seite zum Abdruck zugestellt wird und folgenden Wortlaut hat:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe  
Landesverband Elsaß-Lothringen.

Strasbourg i. E., 1. April 1903.

P. P.

Die Bauarbeiter (Maurer und Zimmerleute) in Strasbourg haben heute die Arbeit niedergelegt. Wir bitten demgemäß vorläufig bis zur Abfertigung der Listen der streikenden Gesellen keine Arbeiter aus Strasbourg einzustellen.

Außerdem streiken die Steinhauer der Firma Ph. Holzmann u. Co. in Mülhausen am Bau der Friedolinstraße wieder. Auch hier bitten wir, keinen der Streikenden, deren Verzeichnis Sie umseitig finden, einzustellen oder, falls dies schon geschehen, sie sofort zu entlassen.

Mit kollegialem Gruß: Der Vorstand.

Umseitig finden wir auch 39 Streikführer der Steinarbeiter Mülhausens veröffentlicht: Arm in Arm marschiert die Firma Holzmann mit den Bauunternehmern des Reichslandes. Typisch für die letzteren aber ist, daß sie beim Mülhausener Streik die Firma Holzmann unterstützen, während sonst diese Firma sich in diesem Lande gerade nicht des besten Rufes erfreut, weil bei Vergebung von Arbeiten im Reichsland sich diese Firma immer mehr und mehr breit macht. Wo aber ist der Staatsanwalt, der gegen das schwarze Listensystem eingreift und einen solchen Unfug beseitigt. Ganz anders verfuhr dagegen die Behörde im nahen Colmar, wo die Streikführer beim Textilarbeiterstreik einfach verhaftet wurden.

Mit derartigen terroristischen Mitteln schadet man der Arbeiterbewegung nicht, sondern der indifferenten Arbeiterschaft werden ebenfalls die Augen geöffnet, und sie werden mit Gewalt der gewerkschaftlichen Bewegung zugeführt. Die Früchte dieses Vorgehens heimfen nicht die Behörden und nicht die Unternehmer, sondern wir ein, denn das ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

**Christliche Gewerkschaftspolitik.** In einem zur Gewerkschaftsfrage überschriebenen Artikel leistet sich das in Siegen erscheinende Blätterblatt Volk folgende Gemeinheit: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, zu drei Vierteln politisch durchseucht von der Sozialdemokratie, deren Apostel den Arbeitern millionenfach die Lüge vom unüberbrückbaren Gegensatz von Arbeit und Kapital einpauken, hat den Arbeitern eine rote Brille aufgesetzt. Die sogenannten freien Gewerkschaften schwimmen völlig im Fahrwasser der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie. Die von den Gewerkschaften zusammengebrachten Summen werden zum großen Teil zu politischer Arbeit nutzlos verschwendet. An Stelle der systematischen Weiterbildung der Arbeiter durch die Gewerkschaften tritt im Gegenteil fortschreitende Verrohung und Arbeitsunlust infolge der steten Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer.“

Diese Lünnelei bedarf keiner sachlichen Erwiderung. Wir begnügen uns damit, sie niedriger zu hängen.

## Abrechnung vom 1. Januar bis 31. März 1903.

Einnahme:

Einnahmen an Beiträgen, Material, Diverses, Abonnement und Inserate des Steinarbeiters 17885,26 M.

Ausgabe:

Reiseunterstützung	3296,05
Streikunterstützung	2138,—
Maßregelungsunterstützung	329,—
Rechtschutz	709,62
Umzugskosten	25,—
Agitation	444,68
Druckkosten	208,50
Porto	670,20
Revisionen (Jahresabrechnung, Sitzungen)	839,81
Gehälter	1850,—
Bureau-Ausgaben	150,40
Diverses	261,57
Darlehne zurückgezahlt	2000,—
Summa:	11917,78 M.

Bilanz:

Einnahme	17885,26 M.
Ausgabe	11917,78
Bestand	5967,48 M.

Leipzig, im April 1903. Felix Lange, Kassierer.

Die Revisoren:  
Mag. Ertel, Gust. Große, Paul Heidemann, Ab. Böhm.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 30. März bis mit 4. April 1903.  
Kiel, Beitrag 64.—; Hartershofen, Beitrag 14.—, I. Du. 6.—; Würzburg, Beitrag 28,80; Erfurt, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 3,50, I. Du. 21.—, Hauptbuch 2,50, Rest 18,75; Mülhausen i. El., Beitrag 52,10; Greifswald, Beitrag 13,20, Hauptbuch 2.—, Beitragsbücher 18,68, I. Du. 5,20; Kehlheim, Beitrag 27,20, Hauptbuch 2.—, Eintrittsmarken 5.—, I. Du. 10,20; Bremen I, I. Du. 25,20; Osterwald, Beitrag 41.—, I. Du. 18.—; Klein-Wendern, I. Du. 6,60; Mülhausen, Beitrag 44,24, Hauptbuch 2.—, I. Du. 6,60; Frankfurt a. Main, I. Du. 21.—; Schönberg, I. Du. 0,90 (Mantel); Königshain, I. Du. 3.—; Büchelberg, I. Du. 3,60; Stuttgart II, Beitrag 22,96, Eintrittsmarken 8.—, Hauptbuch 2,50, Stempel 1,50, I. Du. 4,20; Neudorf, Beitrag 248.—, Eintrittsmarken 4.—, Hauptbuch 2,50, I. Du. 27.—; Alt-Warthau, Beitrag 171,52, Hauptbuch 2,50, Inf. 1,40, I. Du. 34,80; Nürnberg, Eintrittsmarken 12,50; Streifen, Beitrag 60,76, Eintrittsmarken 14.—, Hauptbuch 2.—, I. Du. 11.—; Mittweida, Beitrag 84.—, Inf. 1.—,

I. Du. 15.—; Halberstadt, Beitrag 4,75, Delegiertensteuer 0,25; München, I. Du. 0,90 (Streifen); Göppingen, Beitrag 28.—, Hauptbuch 2,50; Felsbach, I. Du. 0,90; Zwidau, Beitrag 55,34, Eintrittsmarken 0,50, Hauptbuch 2,50, Stempel 1,50, I. Du. 20.—; Deutscha, Beitrag 64.—; Potsdam, Beitrag 64.—, I. Du. 7.—; Mühlhausen i. Th., Beitrag 14,40; Göttha, Beitrag 42,30, I. Du. 7,20; Striegau, Beitrag 570.—, Eintrittsmarken 16.—, Stempel 1,50, Hauptbuch 2,50, Inf. 3,30, I. Du. 125,20; Colmar, Beitrag 32.—, Eintrittsmarken 1.—; Heppenheim, Beitrag 45,92, Eintrittsmarken 5,50, Hauptbuch 2.—; Offenbach, Beitrag 32.—; Gröschentreuth, Beitrag 184,96, Eintrittsmarken 3.—, Hauptbuch 2,50, Stempel 4,50, Gesh. d. Org. 1,20; Nördlingen, I. Du. 1,80; Marktfeuthen, Beitrag 56.—, I. Du. 9.—; Neu-Brandenburg, Beitrag 2,40, Eintrittsmarken 0,50; Frankfurt a. Oder, Beitrag 15,70; Posta, Beitrag 140.—, Eintrittsmarken 13.—, I. Du. 12.—; Bonn, Beitrag 3.—; Wandersleben, I. Du. 2,20; Berlin, II. Du. 0,90 (Schlembach); Berlin I, Beitrag 224.—, Eintrittsmarken 25.—; Breslau, Beitrag 71,84, Hauptbuch 2,50, Eintrittsmarken 2,50, Erfahrmarken 0,50; Bunzlau, I. Du. 0,90; Braunlage, I. Du. 8,40; Rrippen, Beitrag 29,44, Hauptbuch 2.—, Rest 3,60, I. Du. 4,80; Oppach, Beitrag 78,40, I. Du. 4,20; Cöthen, Beitrag 1,20, I. Du. 0,80; Burgreppach, I. Du. 0,90; Mühlhausen i. Th., Eintrittsmarken 1,50, Beitrag 9,60; Götth, Beitrag 27.—, I. Du. 8,40; Brotterode, Beitrag 1,60, I. Du. 2.—; Gera, Beitrag 58,88, Eintrittsmarken 0,50, I. Du. 7,20; Falkenstein, I. Du. 3,60, Beitrag 10,30; Schönwalb, I. Du. 3.—, Beitrag 32.—, Eintrittsmarken 1.—, Hauptbuch 2.—; Selb, I. Du. 1,80; Springe, I. Du. 6,60; Hamburg II, I. Du. 21.—, Eintrittsmarken 4.—; Emmendingen, I. Du. 3.—; Bittermark, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 5,50, Hauptbuch 2.—, Rest 5,75, Stempel 1,50, I. Du. 5,90, Op. Ital. 1,50; Breslau, Beitrag 28,50; Altenhagen, Beitrag 1.—; Chemnitz, Rest 35.—, Hauptbuch 2,50, Stempel 3,15, I. Du. 19,80, Beitrag 240.—, Eintrittsmarken 5.—, Blagbücher 5.—; Grünsfeld, I. Du. 10,80, Beitragsbücher 3,70, Hauptbuch 2,50, Eintrittsmarken 1.—; Hochenau, Hauptbuch 2,50, Stempel 1,50, Beitrag 28,84; Benig-Radwiz, Beitrag 199,04, Hauptbuch 2,50, Stempel 2,25, Eintrittsmarken 1.—, Rest 1,25; Leopoldsthal, Beitrag 45,58, Hauptbuch 2,50, Eintrittsmarken 1,50, I. Du. 3,60; Osterholz, I. Du. 14,40, Beitrag 56.—; Lössau, I. Du. 27,60; Joachimsthal, I. Du. 1,80; Welkenfels, I. Du. 4,20, Beitrag 2,56, Eintrittsmarken 0,50, Hauptbuch 2.—, Stempel 1,50; Jena, Beitragsbücher 1.—, Beitrag 18.—, Eintrittsmarken 1.—; Bremen II, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 0,50, Erfahrmarken 0,50; Rößnitz, Beitrag 168.—, Eintrittsmarken 25.—; Braunschweig, Beitrag 52,80, Eintrittsmarken 3,50, Delegiertensteuer 2,50, Hauptbuch 2,50; Ottenhöfen, Beitrag 42,80, Eintrittsmarken 13,50, Hauptbuch 2.—, Stempel 2,25, Op. Ital. 1,75, I. Du. 1,20; Lübeck, I. Du. 5,80; Coburg, Stempel 1,50, Hauptbuch 2.—, Beitrag 80.—, I. Du. 7,40, Rest 2,75; Freiburg, I. Du. 24,80; Waldkirch, IV. Du. 1,30; Berlin II, Eintrittsmarken 15.—, Hauptbuch 2,50, Beitrag 290.—; Pirna, Beitrag 320.—, I. Du. 30.—, Inf. 3.—; Demitz-Thumitz, Beitrag 319,20, Eintrittsmarken 2.—, I. Du. 19.—; Calbe, II. Du. 1,20; Luzern, I. Du. 2,09; Hannover, Beitrag 48.—, Eintrittsmarken 10,50; Essen, I. Du. 9,20, Beitrag 64.—; Gleiwitz, II. Du. 0,90; Mittelsteine, Beitrag 1,35, Delegiertensteuer 0,25; Harbesen, I. Du. 0,45; Weinsberg, Beitrag 26,04, I. Du. 4,80, Eintrittsmarken 0,50, Erfahrmarken 0,25; Neuenstein, II. Du. 2,40; Heppenheim, I. Du. 6,60; Kappelrodek 2,40; Liebenwalde, II. Du. 0,90; Karlsruhe, I. Du. 18,60, Eintrittsmarken 7,50, Beitrag 30,65; Homburg, II. Du. 0,90; Blankenburg, Beitrag 4,70; Rittau, Beitrag 42,45; Lössau, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 0,50; Altenbed, Beitrag 6,90; Kalkberge, I. Du. 0,95; Osterode, Beitrag 3,80; Deutmannsdorf, Beitrag 20,80, Eintrittsmarken 1,50; Nürnberg, Beitrag 119,44; Hamburg I, I. Du. 18.—, Inf. 1,60, Eintrittsmarken 1,50, Beitrag 129,04; Wilsnack, Beitrag 2.—, II. Du. 1,10; Magdeburg, I. Du. 10,80; Mannheim, Beitrag 31,05; Mülhausen in Elsaß, Beitrag 21,90. Felix Lange.

## Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieß' Verlag) ist soeben das 27. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein moderner Hygieneprojekt. — Die mazedonische Frage. Von Jano Sakasow (Sofia). — Wie der Moloch wächst. Von Rudolf Krafft. — Der werdende Verbrecher. Eine kriminalistische Untersuchung von S. Weinberg. — Beiträge zu einer Geschichte der Internationale. Von Dr. Max Bach. — Die Spaltung in der englischen Internationale. — Notizen: Die freie Kirche im freien Staate.

Goldstein, das Reichstagswahlrecht und seine Gegner. Unter dem Gesichtspunkte der augenblicklichen Situation im Reich und der nächsten Reichstagswahlen. Verlag von Rich. Lipski, Leipzig, Langestraße 27. 32 Seiten. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg. Die Konserverativen und die andern rechtsstehenden Parteien fürmen gegen das Reichstagswahlrecht an, verstimmen aber, wenn die Reichstagswahl bevorsteht. Auch in diesem Wahlkampfe spielt die Frage der Aenderung des Wahlrechts eine hervorragende Rolle, deshalb ist es zu begrüßen, daß es Goldstein unternommen hat, die Angriffe der Gegner zurückzuweisen, die Stellung der Parteien zum Wahlrecht zu kennzeichnen und die Wege zur Verbesserung des Wahlrechts zu zeigen. Klart und leichtverständlich geschrieben, wird die Schrift ein guter Helfer im bevorstehenden Wahlkampf sein, zumal der Verlag auch eine besondere Agitationsausgabe herausgibt, die die Massenverbreitung ungemein erleichtert. Der reiche Inhalt ist in folgenden Abschnitten gegliedert: Die Situation; Das demokratische Reichstagswahlrecht; Bismarck und das allgemeine Wahlrecht; Autorität, nicht Majorität; Weitere Angriffe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht; Beschaffenheit des Reichstagswahlrechts; Mängel des Reichstagswahlrechts; Die Wäntfrage; Das Wahlrecht und die Parteien; Die Sozialdemokratie und das Wahlrecht; Die Sozialdemokratie in den Einzellandtagen; Die Sozialdemokratie in den Kommunen; Was kommt! Der Preis der Agitationsausgabe pro Exemplar stellt sich bei 50 Expl. auf 10 Pfg., 100 Expl. auf 9 Pfg., 500 Expl. auf 8 Pfg., 1000 Expl. auf 7 Pfg. und 2500 Expl. auf 6 Pfg.

## Briefkasten.

**Sittliche Berichte** mühten zurückgestellt werden. Die Versammlungsschriftführer werden wiederholt ersucht, die Berichte recht deutlich zu schreiben, insbesondere aber die Namen derjenigen Personen, die zu irgend einem Amt bestimmt werden.

Es ging der Redaktion eine Karte aus der Zahlstelle Bremen I zu, wo verlangt wird, den Bericht in Nr. 14 dahin richtig zu stellen, daß der ehemalige Schriftführer nicht Wallborn sondern Wolborn und der jetzt gewählte nicht Gesau, sondern Jesau heißt. Wären die Namen nur einigermaßen deutlich geschrieben gewesen, so hätte in der Sekerei dieser Irrtum nicht vorkommen können. Die Redaktion wird solche Verichtigungen, die nebenbei bemerkt, äußerst kleinlicher Natur sind, nicht mehr berücksichtigen, sondern man komme dem Wunsch nach, recht deutlich zu schreiben, dann werden Verichtigungen nur äußerst selten vorkommen.

**Hirtmann, Rixdorf.** Stimmt. Für das 4. Quartal 1,20 M. **Hisdorf (Rohde).** Der Schriftführer hat lediglich den Verlauf der Versammlung geschildert und dementsprechend berichtet. Wenn Du über die Tätigkeit des Redakteurs Kritik zu üben hast, so steht Dir der Steinarbeiter ja frei, auch kannst Du Deine Zensurgefälle der Preßkommission unterbreiten. In Deinem Eingeländt ziehst Du aber den Zentralvorstand in den Kreis Deiner Betrachtung und ein solches wohlmeinendes Mitarbeiter an der Organisation können wir ruhig entbehren.

**Fechenbach.** Solche Aufrufe verstehen ihren Zweck. Meine Vorgänger waren schon bemüht, dieselben nicht mehr zu berücksichtigen und der letzte Kongreß hat sich ebenfalls abfällig über diese Aufrufe ausgesprochen. Aus diesem Grunde könnt Ihr es verstehen, wenn ich denselben nicht veröffentliche.

**H. S.** Besten Dank; wird später verwendet. Solche Zusendungen sind mir immer erwünscht.

**Malmberg, Osfeld.** Das Gewünschte wird abgesandt. Die letzte Anfrage kann ich noch nicht bejahen.

**Unternehmer, Mühlheim.** Bitte, lassen Sie die Redaktion mit beratigen Zuschriften umgehören; solche Angelegenheiten werden wir ohne Ihr werthes Zutun schon selber regeln.

**Liebetshau (Sulz, Thür.)** Ihre Arbeitsangebote können nicht aufgenommen werden.

**Wartbau.** Die Herstellung dieses Verzeichnisses gehört nicht zu meinem Ressort.

**Freiburg, D. 2 M.**

**Ortsgruppe Teplitz.** Internationale Stadtbriefe geben wir nicht bekannt, wir haben von derartigen Veröffentlichungen deutscher Kollegen gerade genug.

**Bogel, Barmen.** Solche Bekanntmachungen gelten als Inserate und müssen bezahlt werden.

**Mittweida, S.** Auf so eine Flegerei ist es besser, wenn Du nicht darauf eingehst. Das andre besorge ich.

**Seld, R.** Briefpapier u. s. w. wird von hier aus nicht geliefert.

**B., Chemnitz.** Du hättest in Bunzlau ein neues Buch erhalten müssen. Es ist vollständig gleichgültig, ob Du in Arbeit standest oder nicht.

Den Steinarbeiter lege der örtlichen Sendung bei.

**Wigramreuth.** Die Lobesanzeige, als Inserat natürlich, muß bezahlt werden. Die Bekanntmachung unter der Rubrik Sterbefälle geschieht kostenlos.

**Selmer, Adn.** Wird überhaupt nicht verrechnet; aber warum könnt Ihr Euch nicht bequemen, den Steinarbeiter durch den örtlichen Verbreiter Weisarth, Sternstraße 40, zu beziehen?

Wir haben eine Menge Zahlstellen, wo immer noch solche Eigenbrödelien vorhanden sind. Wir werden zukünftig solche Bestellungen per Kreuzband abweisen, wenn wir wissen, daß am Orte selbst ein Steinarbeiterverbreiter vorhanden ist.

## Anzeigen.

# Strassburg in Els.

## Für Steinmetzen.

Hobelbänder à Meter 7 Pfg.

Steinhauerstifte à Dutzend 22 „

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**B. Böhle, Rabenbrücke.**

# Hobelbandstahl

in vorzüglichster Qualität

**Harte Steinhauer-Bleistifte**

echte Rehbachsche, empfiehlt

**Max Muster, Eisenhandlung, Chemnitz i. S.**

Unserm ersten Vorsitzenden

**Emil Rudolph**

zu seinem Hochzeitsfeste ein dreimal donnerndes Glück auf.

Die Steinarbeiter von Freiburg im Breisgau.

## Georg Tuschmann

Dein Schwager ist gestorben. Deine Schwester wünscht Deine Adresse.

## Todes-Anzeigen.

Am 20. März starb unser Kollege

**Leonhard Rüll**

im Alter von 39 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 26. März starb unser Kollege

**Alex Hasse**

im Alter von 36 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands  
Zahlstelle Berlin I.

Am 23. März starb nach langjährigem Leiden der Kollege

**Michael Metz**

an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Am 1. April starb in Gößnitz (Sachsen-Altenburg), bei seinen Eltern, unser Kollege

**Albert Rudowsky**

nach kurzem Leiden im Alter von 27 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgebung.

## Nachruf.

Am 23. März starb nach langem Krankenlager unser werter Kollege

**Paul Hermann**

im Alter von 34 Jahren an der Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Zentralverband der Steinarbeiter von Striegau.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.